

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/131

Torsten Geerds

**Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Schleswig-Holsteinischer Landtag ▪ Postfach 7121 ▪ 24171 Kiel

Vorsitzender des
Innen- und Rechtsausschusses
Herrn Thomas Rother, MdL
im Hause

Kiel, 11. Dezember 2009

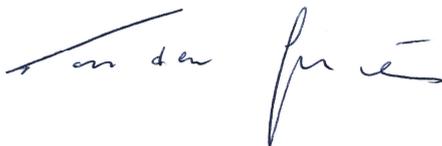
Sehr geehrter Herr Rother,

beigefügt sende ich Ihnen die Beschlüsse der 23. Veranstaltung „Jugend im Landtag“, die am 29. November 2009 im Schleswig-Holsteinischen Landtag stattgefunden hat.

In Absprache mit der Arbeitsgruppe „Jugend im Landtag“, in der Repräsentanten des Landesjugendrings, das Präsidium von „Jugend im Landtag“ und die jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen vertreten sind, bitte ich darum, die Beschlüsse, die Ihren Fachausschuss betreffen, zur Kenntnis zu nehmen und zu beraten.

Vom Ausschuss ist dann zu entscheiden, ob und mit welchen Forderungen der Jugendlichen sich das Plenum befassen soll.

Mit freundlichen Grüßen



Beschlüsse

der 23. Veranstaltung
„Jugend im Landtag“

vom 27. bis 29. November 2009

Beschlüsse

„Jugend im Landtag“ 2009

„Bildungssystem“

1. Höhere finanzielle Mittel für das Bildungssystem

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, höhere finanzielle Mittel für das Bildungssystem bereit zu stellen.

2. Gegen die Einführung von Studiengebühren

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, keine Studiengebühren einzuführen.

3. Verkleinerung der Schulklassengröße

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, zur Verbesserung der Lernbedingungen im Schulunterricht den Klassenteiler auf 15 zu senken.

4. Lehrereinstellung

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, mindestens 1000 neue Lehrer einzustellen.

5. Abschaffung der Profiloberstufe

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Profiloberstufe abzuschaffen und stattdessen ein nachhaltig geplantes Oberstufensystem einzuführen. Dieses sollte die individuellen Fähigkeiten der Schüler/innen fördern und das Niveau des Abiturs in Schleswig-Holstein heben. Das neue Oberstufensystem sollte nicht übereilt wie die Profiloberstufe eingeführt werden, sondern mit genügend Vorplanungsfrist. Außerdem sollte dieses System für die Zukunft geplant und gestaltet werden, damit zukünftige Generationen in einem stabilem System lernen können.

6. Fahrtkostenübernahme

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Übernahme der Fahrtkosten für Schüler aller Klassen und Schularten von Land und Kommunen zu gewährleisten.

7. Offene Ganztagschulen – Rechtliche Definition und Förderung von Mittagessen

„Jugend im Landtag“ fordert die Festlegung einer rechtlichen Definition der Offenen Ganztagschule und in diesen eine Förderung der Mittagessen für Kinder aus finanzschwachen Haushalten in diesen, wie sie für Kindertagesstätten schon mit der Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“ eingerichtet wurde. Es wird festgestellt, dass eine solche Förderung ebenfalls unter der Stiftung „Familie in Not“ angesiedelt werden könnte, ggf. mit einer Ausweitung der Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“.

8. Realschule erhalten

Der Landtag Schleswig- Holstein wird aufgefordert, die Realschule als eigenständige Schulform in Schleswig- Holstein wiedereinzuführen - unabhängig vom Ausgang des aktuellen Volksbegehrens.

„Unterrichtsqualität“

9. Regelmäßige Überprüfung von Lehrern

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, zur Qualitätssicherung des Schulunterrichtes die Eignung von Lehrern regelmäßig zu überprüfen und bei Kompetenzmangel den entsprechenden Lehrer zu Weiterbildung zu verpflichten. Diese Kontrollen finden ohne Vorankündigung statt.

10. Fortbildungspflicht für Lehrer

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, Lehrkräfte mindestens alle 2 Jahre zu pädagogischen Fortbildungsseminaren zu verpflichten. Des Weiteren sollen Lehrkräfte verpflichtend ebenfalls mindestens alle 2 Jahre in Form von Fortbildungen ihr Fachwissen auffrischen sowie mindestens alle 5 Jahre an Einführungen im Bereich der Medienkompetenz teilnehmen.

11. Kostenrückerstattung bei Fortbildungen

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Lehrkräfte die Kosten für ihre Fortbildungen vollständig zurück erstattet bekommen.

12. Wirtschafts- und Politiklehre ab dem 9.Jahrgang

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, Wirtschaft und Politik schon ab der 9. Klasse und nicht erst ab der 11. Klasse an Gymnasien unterrichten zu lassen.

13. Aufklärung der Schüler durch die Einrichtung eines Projekttages

“Verantwortungsvoller Umgang mit dem Medium Internet”

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, zum Schutz der Jugend an den Schulen spezielle und verpflichtende Aufklärungsveranstaltungen in den 4., 6. und 9. Klassenstufen einzuführen. Diese sollen zur Aufklärung über die Risiken und Gefahren des Mediums Internet genutzt werden.

14. Verbindliche Umsetzung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die BNE-Kriterien stärker an Kindergärten und Schulen zu berücksichtigen, darüber zu informieren und die Umsetzung zu unterstützen.

15. Thema sexuelle Identität/Orientierung

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, Homo- und Bisexualität sowie Transgender im Unterricht zu thematisieren. Außerdem sollen Informationsveranstaltungen

zu den oben genannten Themenbereichen stattfinden, bei denen z. B. lesbisch und schwule Verbände über die Sachverhalte aufklären.

„Umwelt- und Innenpolitik“

16. Alkohol- und Zigarettenwerbung verbieten

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, über eine Bundesratsinitiative Alkohol- und Zigarettenwerbung zu verbieten, um Kinder und Jugendliche vor der Verherrlichung von Alkohol und Zigaretten zu schützen.

17. Integrationspolitik besser gestalten

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, verstärkt Maßnahmen zur Integration von Immigranten sowie MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund zu veranlassen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur sprachlichen Integration und zur Vermittlung kultureller Werte und des demokratisch-rechtsstaatlichen Systems.

Konkrete Maßnahmen:

- Aufklärung jugendlicher Deutscher an Schulen
- Förderung von Toleranz und Beseitigung von Vorurteilen gegenüber Migranten als auch unter ihnen
- Förderung im vorschulischen Bereich zur Unterstützung des Erlernens der Muttersprache. Das Beherrschen der eigenen Muttersprache ist Grundlage für das Erlernen der deutschen und anderer Sprachen
- Durchmischung der städtischen Bevölkerung (Stadtplanung), Verhinderung von sozial schwachen Stadtbereichen
- Ausbau von vorhandenen Strukturen im Sportverein, in Musikschulen
- Migranten müssen aktiver werden, um sich zu integrieren (Orte für Begegnungen)
- erfolgreiche Migranten als Vorbilder nutzen.

18. Atomausstieg in Schleswig-Holstein vorantreiben

Die Landesregierung Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den derzeitig beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft in Schleswig-Holstein weiterhin voranzutreiben. Dieser Atomausstieg ist bis 2020 verbindlich durchzusetzen.

19. CO₂-Endlagerung

Der Landtag in Schleswig-Holstein wird aufgefordert, keine CO₂ Endlager in Schleswig-Holstein zuzulassen.

20. Bessere finanzielle Unterstützung der Inseln und Halligen

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Gemeinden der Inseln und Halligen in Nordfriesland ausreichend und verlässlich finanziell zu unterstützen.

Aufgrund der exponierten Randlage ist der Erhalt und Ausbau der Infrastruktur teuer. Es entstehen höhere Alltagskosten für die Bewohner und mangels größerer Betriebe können nur geringe Gewerbeeinnahmen erzielt werden. Daher wäre eine Erhöhung der Zuwendung von Landes- und/oder auch Bundesseite als sinnvoll zu erachten. Auch sind Maßnahmen

erforderlich, die das Wegziehen von jungen Menschen in für sie materiell interessantere Regionen (Festland, Hamburg) vermindert. Die Erreichbarkeit der Inseln und Halligen muss daher langfristig sichergestellt werden.

Die Kostendeckung kann durch die Gemeinden nicht erreicht werden. Ihrer hohen Verschuldung muss jedoch Abhilfe geleistet werden, um weitere Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Die Gemeinden der Inseln und Halligen sind auf eine ausreichende und verlässliche finanzielle Unterstützung angewiesen.

21. Mehr Qualität im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Landtages werden gebeten, ihre Positionen im Landesrundfunkrat zu nutzen, um den öffentlich-rechtlichen Programmauftrag deutlicher zu definieren und in diesem Gremium die Diskussion über öffentlich-rechtliche Programmgestaltung anzustoßen.

22. Hoheitsgewässer als Schutzzone

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Schutzzone Schleswig-Holsteins innerhalb der Hoheitsgewässer der Bundesrepublik erweitern zu lassen, so dass dort jegliche wirtschaftliche Nutzung verboten ist.

23. Umweltpapier in Schulen

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den kommunalen Schulträgern zu empfehlen, Umweltpapier in den Schulen zu benutzen, um sowohl beim Drucken, als auch beim Kopieren die Umwelt zu schonen.

„Jugendpolitik“

24. Gewalttätige Jugendliche: Präventionsarbeit verstärken

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, aufgrund der steigenden Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen für eine Verstärkung der Präventionsarbeit zu sorgen. Die Jugendhilfe muss ausgebaut werden, und es müssen mehr Sozialarbeiter zur Verfügung stehen, um Probleme in Familien und unter Jugendlichen schneller zu lösen. Außerdem soll die Justiz dazu angehalten werden, Prozesse von Jugendlichen unverzüglich zu verhandeln, da sonst eine Verknüpfung mit der Straftat kaum noch stattfindet.

25. Abschaffung der Wehrpflicht

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Wehrpflicht abzuschaffen und die Jugendfreiwilligendienste auszubauen, stärker zu bewerben und Anreize zu schaffen, diese abzuleisten. Die Jugendfreiwilligendienste werden dann finanziell wie der Zivildienst behandelt.

26. Soziale Jugendverbände fördern

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich für die Verbände und Jugendgruppenarbeiten einzusetzen, damit diese weiterhin finanzielle Unterstützung erhalten. Zudem sollten mehr Mittel in diesem Bereich finanziell, bei Bedarf auch personell, aufgebracht werden.

27. Stärkere finanzielle Förderung des FSJ Kultur

Der Landtag Schleswig Holstein wird aufgefordert, das FSJ Kultur und FÖJ (Freiwilliges ökologisches Jahr) und damit die außerschulische Bildung stärker finanziell zu fördern. Dies soll durch die Verdoppelung der Landesmittel erreicht werden, damit ein Mindesttaschengeld (inklusive Zuschuss für Unterkunft und Verpflegung) von 400 € gezahlt werden kann und neue Plätze finanziert werden können.

Hinweis: Die Anlage zu dem Umdruck steht im Internet nicht mehr zur Verfügung. Die digitale Fassung des Umdrucks wurde im März 2018 geändert. Eine Einsichtnahme ist gegebenenfalls möglich. Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an den Informations- und Dokumentationsdienst (luD.info@landtag.ltsh.de)